

PRESSEMITTEILUNG

1. Juli 2021

Gemeinsamer Bericht von EZB und ESRB zeigt uneinheitliche Auswirkungen des Klimawandels auf den EU-Finanzsektor

- Einzelne Regionen, Sektoren und Unternehmen sind von klimawandelbedingten Finanzstabilitätsrisiken besonders betroffen; die künftige Entwicklung hängt von einem effektiven und raschen Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ab.
- Die granulare Analyse der Frage, wie stark einzelne Klimarisiken zu finanziellen Risiken führen („Exposure Mapping“), zeigt, dass in fast allen Ländern die Gefahr von Flussüberschwemmungen besteht; in einigen Regionen kommen erschwerend Risiken durch Flächenbrände, Hitze und Dürre hinzu.
- Transitionsrisiken (bedingt durch Neubewertungen an den Finanzmärkten) haben sektorenübergreifende Folgen und sind aufgrund von Unterschieden in der Emissionseffizienz innerhalb einzelner Sektoren verschieden stark ausgeprägt.
- Langfristige Szenarioanalysen lassen darauf schließen, dass zeitnahe und geordnete makroökonomische Maßnahmen zur Bekämpfung von klimabedingten Risiken Finanzstabilitätsrisiken verringern können, vor allem in den Sektoren mit den höchsten Treibhausgasemissionen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) haben heute einen gemeinsamen [Bericht](#) veröffentlicht. Darin wird eine größere Zahl an Faktoren genauer untersucht, die den Klimawandel begünstigen, und der Frage nachgegangen, wie sich diese Faktoren auf Millionen Unternehmen weltweit und Tausende Finanzunternehmen in der Europäischen Union (EU) auswirken. In dem Bericht werden die erwarteten Risiken für die Finanzstabilität skizziert. Zudem wird die analytische Basis für gezieltere und effektivere politische Maßnahmen weiterentwickelt.

Der Bericht befasst sich mit Messlücken und liefert – gestützt auf frühere Arbeiten zu diesem Thema – eine detaillierte Topologie der physischen Risiken und der Transitionsrisiken, die sich in den verschiedenen Regionen, Sektoren und Unternehmen durch den Klimawandel ergeben. Zudem wird

mit Blick auf die finanziellen Risiken eine Szenarioanalyse mit weit in die Zukunft reichenden Zeithorizonten durchgeführt, um zu erwartende finanzielle Verluste zu erfassen, die je nach Zeitpunkt und Wirksamkeit der klimapolitischen Maßnahmen und je nach Einsatz entsprechender Technologien entstehen können.

Christine Lagarde, Präsidentin der EZB und Vorsitzende des ESRB, sagte, die Ergebnisse belegten, dass klimapolitische Maßnahmen und ein wirtschaftlicher Wandel unerlässlich und dringend erforderlich seien. Damit würden nicht nur die Ziele des Pariser Klimaabkommens erfüllt, sondern auf lange Sicht auch die Schädigung der Wirtschaft, der Unternehmen und der menschlichen Existenzgrundlage eingedämmt.

In dem Bericht werden finanzielle Engagements auf granularer Ebene denjenigen Faktoren zugeordnet, die den Klimawandel begünstigen. Dabei zeigen sich drei Formen der Risikokonzentration. Erstens konzentriert sich die Anfälligkeit für physische Klimarisiken auf der regionalen Ebene. Der Analyse zufolge werden Flussüberschwemmungen in der EU in den kommenden zwei Jahrzehnten der weitverbreitete Risikofaktor mit der größten wirtschaftlichen Relevanz sein. In einigen Regionen kommt eine starke Anfälligkeit für Flächenbrände, Hitze und Dürre hinzu. Im Euro-Währungsgebiet entfallen rund 30 % aller Kreditforderungen von Banken gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen auf Firmen, die mehreren dieser physischen Risiken ausgesetzt sind.

Zweitens konzentrieren sich Kreditforderungen gegenüber emissionsintensiven Unternehmen nicht nur auf einzelne Wirtschaftssektoren, sondern auch innerhalb der Sektoren selbst. So machen Forderungen an Unternehmen mit hohen Treibhausgasemissionen 14 % der gesamten Bilanz des Bankensektors im Euroraum aus. Zwar betreffen sie hauptsächlich das verarbeitende Gewerbe, den Elektrizitätssektor sowie die Transport- und Baubranche, doch schwanken sie auch innerhalb der Sektoren recht stark. Folglich könnte es zu Neubewertungen an den Finanzmärkten kommen, wenn sich der große Abstand zwischen den Emissionsintensitäten verkleinert.

Drittens konzentriert sich die Anfälligkeit für Klimarisiken bei bestimmten Finanzintermediären in Europa. Rund 70 % der Kreditforderungen des Bankensystems gegenüber Firmen, die in den kommenden Jahrzehnten einem hohen oder steigenden physischen Risiko unterliegen, befinden sich im Portfolio von gerade einmal 25 Banken. Gleichzeitig dürften insbesondere Investmentfonds Neubewertungen am Finanzmarkt ausgesetzt sein, die aus Transitionsrisiken entstehen können, denn über 55 % der Investitionen stehen in Zusammenhang mit emissionsintensiven Unternehmen. Hingegen entsprechen Schätzungen zufolge lediglich 1 % der von Investmentfonds gehaltenen Vermögenswerte der EU-weiten Klassifizierung für nachhaltige Anlagen („EU-Taxonomie“). Bei Versicherungsunternehmen, die klimasensitive Anlagen in Form von Direktbeteiligungen halten, dürfte

die Gefahr überschaubar sein. Bei den Investmentfonds könnten sich die Risiken jedoch multiplizieren, da sie zu rund 30 % Instrumente anderer Investmentfonds halten.

Die langfristige Szenarioanalyse für Banken, Versicherer und Investmentfonds in der EU lässt den Schluss zu, dass Kredit- und Marktrisiken zunehmen könnten, wenn es nicht gelingt, die Erderwärmung wirksam einzudämmen. Dem prognostizierten Szenario zufolge, in dem modelliert wird, was passieren würde, wenn der Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft ungeordnet verlief, dürften Verluste aufgrund von physischen Risiken in etwa 15 Jahren im Vordergrund stehen. Davon besonders betroffen sind Unternehmen mit hohen Emissionen. In der Folge könnte das weltweite BIP bis Ende des Jahrhunderts um bis zu 20 % schrumpfen, sollten sich die Gegenmaßnahmen als unzureichend oder unwirksam erweisen.

Auch wenn die Arbeiten zur genaueren Messung und Modellierung von Klimarisiken fortgeführt werden, liefert der Bericht bereits wertvolle Ergebnisse, die in der Klimadebatte, die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor auf immer breiterer Front geführt wird, von Nutzen sein dürften.

Medianfragen sind an Frau [Eva Taylor](#) zu richten (Tel. +49 69 1344 7162).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.